

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894**

113 (26.4.1894)

# Beilage zu Nr. 113 der Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 26. April 1894.

## Badischer Landtag.

Karlsruhe, 24. April, 69. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Gönner.

Am Regierungstisch: Minister v. Brauer, Generaldirektor Geh. Rath Eisenlohr und Betriebsdirektor Geh. Rath Schupp.

Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des Budgets der Eisenbahnbetriebsverwaltung, der Bodensee-Dampfschiffahrtsverwaltung und über den Antheil am Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn.

Präsident Gönner eröffnet 1/10 Uhr die Sitzung. Abg. Keller tritt, wie schon ein früherer Redner, für das Anhalten des Nachmittags Schnellzugs in Langenbrücken ein. Redner weist auf die Bedeutung dieses Bades hin.

Abg. Greiff bittet die Generaldirektion, bei den Gleisumbauten mögliche Vorsicht walten zu lassen. Redner wünscht sodann Erweiterung der Verladehalle in Wiesloch und tritt gleichfalls für das Anhalten des Schnellzugs in Langenbrücken ein, doch sei es auch wünschenswert, wenn Schnellzug 14 in Wiesloch halte.

Generaldirektor Geh. Rath Eisenlohr hebt dem Abg. Greiff gegenüber hervor, daß der Verkehrssicherheit bei der Bahnunterhaltung, im Auswechseln von Schienen und Schwellen, die allergrößte Bedeutung beigelegt werde. Der Wunsch aber, bei derartigen Arbeiten Gleisparren anzurorden, sei nicht erfüllbar, denn es würden dadurch leicht Betriebsstörungen und damit die Gefahr von Unfällen hervorgerufen werden. Von einer solchen Maßregel mache man nur Gebrauch, wenn sie unabänderlich notwendig. Die ausgesprochenen Fahrpläne wünschliche, die nach Feststellung des Sommerfahrplans vorerst nicht realisierbar seien, werde die Generaldirektion im Gedächtniß behalten.

Abg. Muser: Da die Gehaltsfrage einer späteren Behandlung vorbehalten bleibe, so wolle er sich heute nicht zum Interpretieren einer Anzahl Wünsche der Eisenbahnbefriedigten machen. Was die Offenburger Bahnrestaurations betrafte, so sei es nicht richtig, daß in Offenburg besonders hohe Preise bezahlt würden; wenn es aber selbst wahr, so treffe der Vorwurf nicht den Wirth, sondern die Verwaltung, da die Restaurationspreise bahnamtlich fixirt seien. Redner wendet sich sodann gegen Fiesler, der gestern die oppositionellen Ausstellungen für „Lappalien“ gehalten habe. Es sei keine Lappalie, wenn man Techniker nach England schicke und dann einen Oberbau herstelle, dessen Schwellen nach zwei Jahren unbrauchbar, so daß ein Herausreißen derselben sich als notwendig erwiesen habe. Es seien auch keine Lappalien, wenn man, wie im Fall Scholl, nicht gethan habe, was man hätte thun müssen. Es mag nicht leicht gewesen sein, dem Scholl in die Karten zu schauen, aber zu wissen, ob der bezahlte Schotter auch tatsächlich geliefert sei, das sei etwas Leichtes gewesen. Halte man es für seine Pflicht, bei kleinen Beamten öfters zu kontrollieren und zu strafen, so sei es allerdings merkwürdig, daß man bei Scholl eine so nachsichtige Kontrolle geliebt habe. Die Verwaltung hätte aber auch bei Scholl weiter zurückgehen müssen, um zu versuchen, einen Theil des Geldes wieder herein zu bringen. Die Verwaltung hätte sich aber auch das Material verschaffen können über das häusliche Leben des Scholl. Auch die Schoppheimer Wahlgeschichte habe Fiesler für eine Lappalie erklärt; diese Frage sei aber von einschneidender Wirkung für die Beamten des Staates überhaupt. Die Frage sei die, ob der Betriebsdirektor sich in den Grenzen des Erlaubten gehalten und ob die Nationalliberalen dieses Verhalten billigen. Der betreffende Beamte in Schoppheim sei ein tüchtiger Beamter, und wenn ihm gegenüber der Betriebsdirektor Eingriffe in die staatsbürgerlichen Rechte sich erlaube, so thue er etwas, was er nicht thun solle. Der Betriebsdirektor habe auch selbst zugegeben, daß seine (Muser's) Darlegung von der Affaire im ganzen richtig sei. Der Herr Minister habe zugegeben, daß es sich später herausgestellt, daß eigentlich nicht viel an der Sache sei. Als Redner sei der Expeditor nicht aufgetreten, er sei in demokratische Versammlungen gegangen, und dies werde ihm zum Vorwurf gemacht. Von „dienstlichem Interesse“, das seitens des Betriebsdirektors angerufen, könne keine Rede gewesen sein. Auf diesem Wege würde Strebertum, Gesinnungslumperei würde gezüchtet; die „maßgebenden Persönlichkeiten“ eines Ortes sollten in dem Beamten auch den selbständigen Mann achten. Wohl verzichte der Beamte auf einen Theil seiner Freiheit, aber niemals auf das Recht der freien politischen Meinungsäußerung. Gegen den von Schupp aufgestellten gegenheiligen Satz müsse um so mehr protestirt werden, als derselbe zu gleicher Zeit den Grundsatz ausgesprochen, daß das Agitieren für die Nationalliberalen erlaubt sei. Auch als Beamter habe Jeder das Recht, auch gegen die Regierung aufzutreten, wenn er glaube, dieselbe befände sich auf einer schiefen Ebene. Sei die „Offenburger Affaire“ nicht eine Agitation gegen die Regierung gewesen und seien dabei nicht viele Beamte gewesen? Wenn Fiesler nur von Verwaltungsbeamten gesprochen haben wolle, so seien einfach sämtliche Beamte des Staates Verwaltungsbeamte. Er habe heute lediglich konstataren wollen, daß die Nationalliberalen einer Einschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten zugestimmt hätten. Gegen diesen Versuch, die politischen Rechte der Beamten einzuschränken, erhebe

er heute lauten Protest. Die Konsequenzen hätten dann diejenigen zu verantworten, die ein solches System stützten.

Abg. Gessell gibt die Anregung, verschiedene Fragen, die in diesem Hause behandelt worden seien, auch dem Eisenbahnrat vorzulegen, hierzu rechne er auch die Eisenbahntarife. Redner tritt für Ermäßigung der Personentarife ein unter Beibehaltung des jetzigen Systems; auch über die Fahrpreise könnte vom Eisenbahnrat eingehend gesprochen werden. Weiter befragt Redner die Einführung von Lokalfahrplänen auf der Strecke Karlsruhe—Wühlacker. Von den Pforzheimern, die nach Karlsruhe reisen, würde immer noch über den Einsteigepreis geklagt. Bei dem Umbau des Bahnhofes anlässlich der strategischen Bahn bitte er um eine Abänderung dieser Einrichtung. Redner berührt sodann die elektrische Beleuchtung auf den Bahnhöfen; in Freiburg und Hornberg seien die Vorbedingungen zur Einführung dieses Lichtes wohl geboten; er hoffe, daß die Regierung die elektrische Beleuchtung auf dem Pforzheimer Bahnhof einführe und von dem Angebot der Stadtverwaltung wegen Abgabe von elektrischem Lichte Gebrauch mache. Endlich wünscht Redner Beleuchtung des Pforzheimer Tunnels, endlich bemängelt Redner die Expreßgutbeförderung in Karlsruhe.

Abg. Kiefer hält die Einstellung eines Zuges, der früh 7,8 Uhr von Konstanz abgehe, dringend geboten, er unterstütze deshalb die Wünsche des Abg. Benedek. Der Abg. Muser habe heute eine große staatsmännische Rede gehalten; eine Beamtenynnanee, die heute der Regierung vorgeworfen, sei nur in der katholischen Kirche vorhanden. Der Abg. Muser habe heute nach Wahlnothhilfe umgehört gehalten. Die Beamtenzucht zu lockern, zu untergraben, sei die bedauerlichste Wahlpolitik. Als er die „Offenburger Affaire“ mitgemacht, habe er auch den richtigen Weg gefunden, denn er sei aus dem Staatsdienst getreten. Seine Partei bedürfe nicht eines erledigten Beamtenhums, um Erfolge zu erzielen. Er stehe vollkommen auf dem Standpunkt Fiesler's, wie er gestern dargethan. Er habe die Ueberzeugung, daß eine Partei, die so durchgefallen wie die Freisinnigen und die sich an der Lockerung der Beamtenwelt wieder stärken wolle, in Baden Bankrott machen werde. Wenn ein Ministerium Verwaltungsbeamte habe, die ihre amtlichen Pflichten zu erfüllen haben, so gehe es nicht an, daß dieselben zu gleicher Zeit als Sturmböcke gegen die Regierung verwendet würden. Was Muser heute geredet, bedeute Voderung des Beamtenhums, und dagegen aufzutreten halte er für seine Pflicht. Der Beamte habe sich in seinen dienstlichen Pflichten zu halten, hier müsse die Regierung eine starke Haltung einnehmen, um so mehr in einer Zeit, wie es die letzte Reichstagswahl gewesen. Der Minister, der einem Beamten zugebe, zu thun was er wolle, und zwar gegen die Meinung der Regierung, erfülle seine Pflicht nicht. Was Muser mit seinen Ausführungen in der letzten Konsequenz erreichen werde, sei Voderung der staatlichen Institutionen überhaupt.

Abg. Birkenmayer tritt den Ausführungen Muser's Wort für Wort bei. Redner greift auf seine Freitagsrede zurück und hätte eine nähere Ausführung über die Richtung der Arbeit der Eisenbahnbefriedigten erwartet. Das Pfeilsystem auf dem Fahrplan halte er nicht für so bedenklich, wie hier vielfach ausgeführt. Auf den Fall Scholl wolle er nicht im einzelnen eingehen; doch sei es auffällig gewesen, daß bei den Lieferungscheinen die Unterschriften der Bahnmeister gefehlt hätten. Redner berührt sodann gleichfalls den Schwellenwechsel auf der Strecke Basel—Freiburg. Endlich wendet sich Redner gegen die Ausführung Schupp's, der am letzten Landtag die Theorie einer „Regierungspartei“ direkt ausgesprochen habe. Eine solche Partei gebe es aber nach den Erklärungen der anderen Herren von der Regierung nicht. Er wolle eben nicht, daß der Beamte, wenn er in den Staatsdienst trete, sich ein Stück seiner Freiheit benehme. Wenn der Beamte seine Pflicht thue, so dürfe er auch seine staatsbürgerlichen Rechte ausüben, die demselben auch der § 8 der Verfassung garantire. Daß ein Beamter in einer Versammlung aufträte, könne ihm Niemand verbieten. Die Beamten seien keine Hörige, man lebe in einem Rechtsstaat und nicht in einem Polizeistaat. Die heutigen und gestrigen Debatten würden weder seiner Partei noch den Freisinnigen geschadet haben.

Abg. Frank greift auf den Landtischen Fall der Absetzung eines Expeditors wegen Kassenunregelmäßigkeiten zurück und hält das Vorgehen der Regierung für vollkommen zutreffend. Wenn der Beamte jetzt, nachdem er sich gebessert, wieder angestellt worden sei, so sei das recht, doch solche Fälle in der Kammer zur Sprache zu bringen, halte er für bedenklich. Redner greift sodann auf den Schoppheimer Fall zurück und vergleicht mit demselben den Konstanzer Fall des Grenzkontroleurs Müller. Gleiches Maß und gleiche Gerechtigkeit müsse auch hier obwalten; bei dem nationalliberalen Beamten in Konstanz habe man sofort nach der Regierung gerufen, im Schoppheimer Falle entrüste man sich darüber. Redner geht sodann auf den Bericht ein und wendet sich gegen den Zonentarif, der den internen Verkehr nur schädigen werde. Bei dem inneren Verkehr sei eine Tarifverbilligung wohl möglich. Von einer Vergrößerung des Verkehrs um 200 Proz. bei 50 Proz. Ermäßigung könne natürlich nicht die Rede sein, ganz

abgesehen davon, daß bei einer solchen Vermehrung die ganze Welt stets auf den Eisenbahnen sein müsse. In der Anschaffung der Schwellen sei man vielleicht etwas zu rasch vorgegangen. Redner geht gleichfalls auf die Beleuchtung des Pforzheimer Tunnels ein, bringt sodann einige lokale Wünsche zur Sprache und befragt die Errichtung einer Haltestelle in Bilsingen. Seit 34 Jahren laufe die Bahn mitten durch das Dorf; aus wirtschaftlichen Gründen sei diese Errichtung geboten, zum mindesten aber sei ein Lokalverkehr mit diesem Orte herzustellen. Rückwärts liege die Gemeinde Stein, die gleichfalls von Nutzen haben werde. Dankbar würde man ferner für Errichtung einer Güterstation in Erzingen sein.

Geh. Rath Eisenlohr möchte an die Ausführungen des Abg. Frank anknüpfen, der verschiedene Wünsche bezüglich des Betriebs auf der Strecke Karlsruhe—Pforzheim ausgesprochen. Der Redner habe es als einen Mißstand bezeichnet, daß man von der Station Pforzheim nicht nach allen Stationen vorgeordnete Billete erhalten könne. Die Einrichtung der vorgeordneten Billete sei getroffen für alle Stationen, nach denen eine irgendetwas werthe Nachfrage vorliege. Liege in Pforzheim in dieser Richtung ein Bedürfnis vor, so solle dem entsprochen werden. Was die Beleuchtung des Pforzheimer Tunnels betreffe, so halte sich die Verwaltung innerhalb der Grenze der Bahnverordnung, nach welcher, wie schon ausgeführt, eine Beleuchtung bei einer Durchfahrt von mehr als zwei Minuten Dauer stattfindet. Wenn er früher die Einrichtung der Bagenbeleuchtung auf dieser Strecke in Aussicht gestellt habe, so sei dies in der Voraussetzung geschehen, daß das System der Durchgangswagen zur Einführung gelange.

Es sei dann der dringende Wunsch nach Errichtung einer Station in Bilsingen ausgesprochen worden. Dieser Wunsch sei wiederholt vorgetragen, doch habe es nicht an dem guten Willen der Generaldirektion gelegen, wenn demselben nicht stattgegeben worden sei. Die in Frage kommende Strecke liege in einer Steigung von 1:70, so daß ein Anhalten daselbst betriebsgefährlich sei. Wenn das in den Kriegsjahren 1870 geschehen, so kenne eben der Krieg wie die Noth kein Gebot. Eine Aenderung des Gefälles aber würde, ganz abgesehen von der Verminderung der Leistungsfähigkeit der Strecke, mit großen Kosten verknüpft sein. Bei Einführung von leichteren Zügen sei es vielleicht möglich, den Wünschen der Petenten entgegen zu kommen. Dem Wunsche nach einer Güterstation zwischen Pforzheim und Königsbach sei durch Errichtung von Hilfsstationen in Pforzheim und Erzingen Rechnung getragen worden. Der Errichtung einer dem unbeschränkten Verkehr dienenden Güterstation in Erzingen ständen technische Schwierigkeiten entgegen.

Was die Wünsche Gessell's in Bezug auf die Einrichtung der Station Durlach betreffe, so sei die Verwaltung im Begriffe, mit einer Verbesserung der Einrichtung für die Reisenden durch die Herstellung von Perronhallen vorzugehen. Die Frage der Errichtung der elektrischen Beleuchtung auf dem Pforzheimer Bahnhof befände sich in dem Stadium der Prüfung. Die Verwaltung habe in erster Reihe die Einführung einer besseren Beleuchtung für die Bahnhöfe mit größerem Rangirerdienst in's Auge gefaßt. Lagen in der Bestellung des Expreßgutverkehrs in Karlsruhe Mißstände vor, so bedürften dieselben natürlich der Abstellung und wäre er dankbar, einzelne spezielle Fälle kennen zu lernen, um einschreiten zu können.

Mit dem Abg. Birkenmayer sei die Groß-Regierung darin einverstanden, daß in einem Mehraufwand von jährlich 150 000 M. kein Hinderniß gefunden werden solle, eine Beschränkung des Güterverkehrs am Sonntag eintreten zu lassen, um dem Personal eine größere Sonntagsruhe zu ermöglichen, ebenso sei er mit demselben Abgeordneten einverstanden in dem, was er über die Verweigerung der gesetzlichen Zulagen gesagt. Es werde hierbei, wie bei den anderen Verwaltungszweigen, so auch bei der Eisenbahnverwaltung die gesammte Dienstführung in Betracht gezogen und darnach gewürtheilt, ob die Zulage vorenthalten oder etwa widerrüchlich gegeben werden solle. Weniger befände er sich im Einklang mit diesem Redner in der Frage des Vorgehens in der Verstärkung des Oberbaus. Wohl hätte man sparen können, wenn man über die Erfahrung, die man im Laufe der Jahre gewonnen habe, schon von vornherein verfügt hätte. Redner gibt abermals eine detaillierte Darstellung aller in Betracht kommenden Verhältnisse und gelangt zu dem Schluß, daß die Verwaltung in keiner Weise voreilig vorgegangen sei. Das Bedürfniß einer Verstärkung unseres Oberbaus sei nicht über Nacht, sondern allmählich eingetreten. Daß man deswegen, weil man erwogen habe, ob und in welcher Weise unser Oberbau zu verstärken sei, die geordnete Unterhaltung der Bahn nicht habe vernachlässigen dürfen, bedürfe doch kaum einer näheren Begründung. Auf Kosten der Sicherheit habe nicht gespart werden dürfen. Aehnlich verhalte es sich bei dem Umbau der Maschinen. Die Technik stehe auch auf diesem Gebiete nicht still.

Schließlich müsse er nochmals mit einigen Worten auf den Fall Scholl zurückkommen und der Ansicht Muser's entgegentreten, als ob die Entdeckung der vorgekommenen Betrügereien auf einen Zufall zurückzuführen sei. Auch die schärfste Kontrolle könne nicht verhindern, daß einmal eine Veruntreuung begangen werde, und die Kontrolle sei

um so schwieriger, wenn sie nicht in einer nur formellen bester, sondern auch eine materielle sein müsse. Es habe aber die geübte materielle Kontrolle zur Entdeckung der begangenen Unterschleife geführt, und um nichts zu veräußern, was im Bereich der Möglichkeit liege, seien inzwischen die Vorschriften über die Handhabung der Kontrolle verschärft worden. Wenn dann in Anlehnung an das von dem Abg. Muser gefallene Wort „Vertuschung“ der Abg. Wacker des anonymen Briefes erwähnt habe, in dem Scholl gewarnt und zur Flucht aufgefordert worden sei, so könne dem Brief um so weniger Bedeutung beigelegt werden, als der Brief zu einer Zeit nach Offenburg gegangen, zu der die Einvernahme des Scholl bereits stattgefunden hatte und derselbe über die erfolgte Aufdeckung seiner betrügerischen Handlungsweise und deren Folgen nicht habe im Zweifel sein können.

Abg. Klein-Wertheim berührt die Ausführung der technischen Fahrpläne, die durchaus nicht unpraktisch seien, sondern das Gegenteil. Er sei der festen Überzeugung, daß dieser Plan sich schwer einführen werde. Er bestreite aber auch, daß derselbe schwer zu studieren sei. Er glaube deshalb auch nicht, daß der Wunsch nach Abschaffung in weiteren Kreisen geteilt werde. Er wünsche auch, daß das grüne Büchlein in dieser Ausstattung erscheine.

Abg. v. Buol berührt die Frage der geringeren Annehmlichkeit desfahrens auf der Main-Neckar-Bahn gegenüber den Bahnen nordwärts. Man werde gerüttelt und geschüttelt, daß man krank werden könne und an ein Lesen nicht zu denken sei. Er halte es für wünschenswert, die Ursachen zu erörtern und Abhilfe zu schaffen. Redner kommt sodann auf den Fall Schöpfheim zu sprechen, der materiell vom Minister in befriedigender Weise gelöst worden sei. Auch er begrüße die Neuordnung des Ministers, das Eisenbahnwesen von politischen und religiösen Einflüssen frei zu halten. Er hoffe, daß derselbe diesen Grundsatze durchführen werde, denn bisher sei dies nicht der Fall gewesen. Der Minister habe ferner gesagt: wir dulden keine Agitation! Er erkenne, daß der Beamte sich eine gewisse Reserve aufzulegen habe, aber wo sei hier die Grenze zwischen notwendiger Reserve und pflichtloser Agitation. Er gehe dabei davon aus, daß kein Unterschied zwischen höheren und niederen Beamten gemacht werde, er verlange gleiches Recht und dann dürfe kein Unterschied gemacht werden in der Beurteilung je nach der politischen oder religiösen Ueberzeugung des Beamten. Von einer Beschränkung der Freiheit des Denkens könne aber bei einem Beamten keine Rede sein. Seine Partei vertraue, daß die Regierung die Beamten gegen Eingriffe in ihren politischen Rechten schütze.

Abg. Hug interpelliert die Regierung über die Stellung der Reichspost und die Eisenbahnverwaltung Badens und vertritt den Standpunkt, daß die Leistungen der Reichspost gegenüber von derselben zu bezahlen seien. Weiter verbreitet sich Redner über die Personalreform und hält hier ein vorsichtiges Vorgehen für geboten. Wenn es möglich sei, eine starke Steigerung des Verkehrs herbeizuführen, so würde auch die Zahl der Wagen vermehrt werden, daß also ohne gewisse Mehrkosten diese Reform nicht eingeführt werden könne. Für einen einzelnen Staat sei aber ein einseitiges Vorgehen nicht angebracht. Den Zontentaris für Baden anzuwenden könne er nicht empfehlen. Er stehe in Beziehung auf die Reform vollkommen auf dem Kommissionsbericht. Er wolle aber nicht schließen, ohne es auszusprechen, daß die Verwaltung in Baden sich den anderen Verwaltungen an die Seite stellen könnte. Er spreche dies Lob gern hier aus. Endlich kommt Redner nochmals auf die strategischen Bahnen zu sprechen und erklärt, daß er nicht eine Zinsgarantie vom Reich verlangt habe, sondern daß der Antrag Vender im Reichstag lediglich bezweckt habe, das Reich möge lediglich das Defizit decken. Was die politische Frage betreffe, so bedeute sich der Schöpfheimer Fall mit dem Konstanzer doch nicht.

Abg. Benedek wendet sich gegen einzelne Ausführungen des Ministers unter besonderem Hinweis auf eine größere Durchführung der Sonntagsruhe. Redner erörtert sodann die politische Stellung der Beamten. Hier handle es sich um eine ernste Frage und wenn die Nationalliberalen in ihrer Beurteilung dieser Angelegenheit Recht behielten, so sei die politische Meinung der Beamten einfach unterbunden und das Volk werde sich überlegen müssen, wieder Beamte in die Kammer zu wählen. Er müsse namens seiner Partei gegen die Ansicht der Regierung wie der Nationalliberalen, daß der Beamte sich einestheils seiner politischen Freiheit begeben, energig Protest erheben. Der Abgeordnete Kiefer habe heute mit seinen Angriffen auf die Freisinnigen nur seine eigene schwache Position maskieren wollen, am allerwenigsten hätte er aber heute Veranlassung gehabt, wieder die Militärvorlage in das Feld zu führen. Die Nationalliberalen wollten den Beamten die Freiheit des Denkens lassen, sobald dieses Denken nationalliberal, sie wollten aber das Gegenteil, wenn dieses Denken oppositionell. Das habe die heutige Debatte klar dargelegt.

Abg. Kiefer greift auf seine gestrige Rede zurück; er wiederhole heute, daß gegen ausgesprochene grundlegende Ansichten der Regierung eine Opposition durch die Beamten nicht gestattet sein dürfe; auf diesen Anschauungen stehe nach den heutigen Ausführungen auch der Abgeordnete v. Buol. Eine Zulassung der Beamten zur Agitation in politischen Dingen würde nur eine Lockerung der Disziplin des Beamtenstandes im Gefolge haben. Wenn bei der letzten Reichstagswahl die Beamten durch das Land gereist und gegen die Militärvorlage gepredigt hätten würden, so würde das ein unerhörtes Vorgehen des Beamten bedeuten und eine Auflösung des Staates genannt werden müssen. Was er hier vorführe, sei das ABC des konstitutionellen Staates. Am allerwenigsten

aber sollte das Centrum den Muser'schen Grundsatze vertreten, da der katholische Geistliche nach jeder Richtung hin von seinen Vorgesetzten der Kurie abhängig sei. Er wiederhole, daß man dem Beamten nicht verbieten könne, sich über seine Stellung auszusprechen, aber agitieren dürfe er nicht und nicht versuchen, andere zu seiner politischen Ansicht zu bekehren. Wollte man die Konsequenzen der Muser'schen Theorie anerkennen, so müsse man den Beamten auch gestatten, unter Umständen für den Sozialismus in den Versammlungen zu agitieren. Er habe von seiner selbständigen Anschauung auch schon Nachteile zu erfahren gehabt, das hätte ihn aber niemals abhalten können, seine Meinung weiter zu vertreten. Er habe heute eine grundlegende Forderung der Existenz des Staates vertreten, niemals aber gegen den Liberalismus angeknüpft.

Abg. Wacker bringt den Wunsch der Gemeinde Vietingheim um Errichtung einer Güterstation zur Kenntnis der Regierung. Im Laufe der Debatte sei auch von harten Strafen in Form von Disziplinarstrafen die Rede gewesen; ihm sei auch mitgeteilt worden, daß hier bei aller Anerkennung der Notwendigkeit der Disziplin doch vielfach zu streng vorgegangen werde. Zu bemängeln sei, daß die Schaffner, die ohne ihre Schuld verunglückt seien und weiter in anderem Dienst verwendet würden, nicht finanziell vorwärts kämen, wie es sonst der Fall gewesen. Redner wendet sich sodann des breiteren gegen die Ausführungen des Abg. Rüdiger in Bezug auf die Freiburger Streitangelegenheit der Maurer. Weiter polemisiert Redner gegen den Abg. Kiefer, der von Beamtenentzweiung gesprochen habe. Das thäten die Herren immer dann gern, wenn sie die Gedanken vor etwas recht Unangenehmem ablenken wollten. In Sachen der politischen Thätigkeit könne Niemand freier seine Meinung äußern, als gerade der katholische Klerus, und wer das bestreite, leide an unheilbaren Zerrwürmen. Auf dem Gebiet der Politik nehme der katholische Geistliche seinem Vorgesetzten gegenüber die freieste Stellung ein. Der Abg. Kiefer habe dann von Pflichten der Abgeordneten gesprochen, die nicht erfüllt würden, wenn man verlange, daß der Beamte seine freie politische Meinung äußern dürfe. In der „Offenburgerei“ sei der Abg. Kiefer als Verwaltungsbeamter in die Opposition getreten. Nach den heutigen Ausführungen der Nationalliberalen sei das aber etwas sehr Verbrecherliches gewesen; er erinnere dann an die nationalliberale Hege gegen den Minister Stoeffer, an der die Herren Kiefer und Kiefer sich lebhaft beteiligten in und außer dem Hause, und heute kämen dieselben Herren mit solchen Theorien, wie gehört. Abg. Kiefer habe heute aber auch verrathen, was er eigentlich wolle: Opposition gegen eine Regierung, die andere Bahnen als die Nationalliberalen wandle, vollen Gehorsam bei einer nationalliberalen Regierung. Wenn die Regierung aber keine andern Rücksichten zu nehmen habe, als auf die Opposition Kiefers, dann sei dieselbe mangelhaft unterrichtet, wenn sie glaube, daß Gefahr bestehe, wenn die Regierung Forderungen der katholischen Kirche erfülle. Aber auch auf die Kiefer'schen Ansichten von gestern und heute müsse er antworten; derselbe habe mit so großem Nachdruck einen Spruch citirt: „parturiant montes“, und habe ausgeführt, daß man lediglich einen einzigen Fall herausgefunden habe, der zu dieser Kritik keinen Anlaß geboten. Heute habe Kiefer eine Vorlesung der Beamten gehalten und deduzirt, daß Verwaltungsbeamte alle diejenigen seien, die nicht gerade dem Richterstande angehörten. Eine solche Theorie könne hier nicht inwidersprochen bleiben. Der Beamte müsse auch das Recht haben, seine Meinung zu äußern. Die staatsbürgerlichen Rechte zu üben nach jeder Richtung hin dürfe auch dem Beamten nicht verboten werden, dieser Meinung habe auch der Abg. v. Buol heute vollen Ausdruck verliehen. Was Abg. Kiefer verlange, sei ein eigentümliches ABC des konstitutionellen Staates und er verzichte darauf, Bürger eines solchen Staates zu sein.

Minister v. Brauer hebt den Abg. Muser und Birkenmayer gegenüber hervor, daß nur durch einen unerhörten Vertrauensbruch Dritter der Abg. Land in den Besitz des von ihm citirten Schreibens der Betriebsabteilung der Generaldirektion an eine andere Behörde gelangt sein könne. Die citirte Aeußerung, daß man ja sogar oppositionelle Landgerichtsräthe befördere, sei darauf zurückzuführen, daß ein Einschreiten gegen den betreffenden Expeditor gewünscht worden sei. Er billige es selbstverständlich in vollem Umfange, daß die Regierung oppositionelle Beamte genau so avanciren lasse, wie die andern. Der Sinn des Schreibens sei aber lediglich der gewesen: „Ihr wollt, daß gegen einen Bahnextpeditor eingeschritten werde, bloß weil er gegen die Militärvorlage gesprochen hat, während andere Beamte, die dazu noch befördert werden, direkt oppositionelle Politik treiben; darauf lassen wir uns nicht ein“. Dies sei im Zusammenhang genommen der Sinn jener Stelle im Schreiben gewesen, das er, wie gesagt, nicht verteidigen wolle, das aber hiernach doch in einem wesentlich milderen Lichte erscheine.

Der Abg. Birkenmayer habe sodann dem Herrn Betriebsdirektor vorgeworfen, er habe im Schöpfheimer Fall von einer „Regierungspartei“ gesprochen, das sei aber nur im reservirten Sinne geschehen, indem derselbe die Worte der Männer wörtlich wiedergegeben, mit denen er in Schöpfheim gesprochen. Er könne nur wiederholen, daß die Regierung über den Parteien, resp. neben und außerhalb derselben stünde. Er habe das Verhalten des Betriebsdirektors gebilligt und verteidigt, er würde es getadelt haben, wenn derselbe, wie von anderer Seite behauptet worden, die Person seiner königlichen Hoheit des Großherzogs in die Besprechung hineingezogen hätte. Nichts sei ihm nach seiner Rückkehr nach Baden so sehr aufgefallen und nichts beklage er tiefer, als daß bei uns

in Baden die erhabene Person des Monarchen so oft in die Arena des Parteikampfes gezogen würde. (Sehr richtig.) Es sei das ein Verfahren, das so intonstitutionell als möglich sei und das, was noch mehr sagen wolle, gegen die Ehrfurcht verstoße, die jeder monarchisch gesinnte Mann dem Landesherrn schulde.

Der Abg. Rüdiger habe sich sodann nach dem Erfolg der Petition der Karlsruher Dienstmänner erkundigt. Dieselbe sei erst vor wenig Wochen der Regierung „zur Kenntniznahme“ überwiesen worden, nicht einmal „empfehlend“, so daß kaum zu verlangen, daß dieselbe heute schon zur Erledigung gelangt. Es seien aber die diesbezüglichen Erhebungen nach verschiedenen Richtungen im Gange.

Dem Abg. Hug erwidere er, daß die Postwagen allerdings, wie in Preußen auch, unentgeltlich befördert würden; die Einrichtung beruhe auf Reichsgesetz und es würde ihn als Eisenbahnminister sehr freuen, wenn es dem Abg. Hug im Reichstag gelänge, weniger rigorose Bestimmungen herauszuschlagen, als die bestehenden. Was Baden aber gesetzlich zu verlangen habe für die postalische Beförderung, das werde verlangt und kein Pfennig geschenkt. Zum Schluß möchte er den beiden Abgeordneten auf beiden Seiten des Hauses, die seine „Pfeile“ auf den Fahrplänen verteidigt, seinen wärmsten Dank aussprechen. (Heiterkeit.)

Abg. Böffler tritt für Einrichtung des elektrischen Lichtes in Triberg ein, die um so mehr zu wünschen sei, als in der Stadt selbst das elektrische Licht eingeführt sei. Er bitte, den Antrag der Kommission anzunehmen und die Beleuchtung noch vor Beginn der Saison einzuführen.

Geh. Rath Eisenlohr beantwortet die Wacker'schen Wünsche bezüglich Vietingheims und verbreitet sich in kurzen Ausführungen über die Verteilung der Rassen einbußen und über die Gehaltsverhältnisse der verunglückten und in anderem Dienst wieder verwendeten Schaffner.

Es wird hierauf die Diskussion geschlossen und es folgt eine persönliche Bemerkung des Abg. Kiefer, der bei der „Offenburgerei“ aus dem Staatsdienst ausgetreten sei und erst eine Stellung im Staatsdienst wieder angenommen, als die Gründe des Austritts beseitigt.

Abg. Wilckens ergreift das Schlußwort und führt aus, daß zum erstenmale die Eisenbahndebatte einen politischen Charakter erhalten hätte. Dieser Umstand sei auf den Schöpfheimer Fall zurückzuführen. Der Fall habe sich zur Zeit der letzten Reichstagswahl abgespielt, bei der die Militärvorlage die Hauptrolle gespielt. Den Beamten sei es nicht verwehrt gewesen, zu wählen wie sie wollten, noch aus ihrer Geminnung ein Fehl zu machen, doch eine gewisse Reserve hätten sich die Beamten aufzuwerfen und dies scheine bei den Beamten in Schöpfheim nicht der Fall gewesen zu sein. Daß eine gewisse Zurückhaltung der Beamten geboten, habe heute auch der Abg. v. Buol offen ausgesprochen. Man könne deshalb dem Betriebsdirektor keinen Vorwurf machen. Er könne sich des Einbruchs nicht erwehren, daß die Ausführungen der letzten Tage den Effekt der Lockerung der Disziplin haben werde, so wenig dieser Effekt vielleicht gewollt sei. Auf diese Weise werde das Gefühl der Unzufriedenheit genährt, und zwar keineswegs im Interesse des Dienstes. So behauerlich der Fall Scholl sei, so müsse man doch betonen, daß die materielle Kontrolle hinter diese betrügerischen Manipulationen gekommen sei. Redner erörtert nochmals die einzelnen Phasen des Prozesses, doch berechtige derselbe nicht zu Vorwürfen gegen die Generaldirektion. Was die Bahnrestaurationen betreffe, so hätte die Verwaltung ein Interesse daran, daß die Wirtschaften gut geführt würden, wobei man nicht auf allzu hohen Pachtzins sehen dürfe. In erster Reihe müsse man fragen, ob das Publikum zufrieden sei. Was die Aufbesserungsverhältnisse der Bediensteten betreffe, so sei in den letzten Jahren schon viel geschehen, daß man von einer schlechten Stellung im allgemeinen zu sprechen nicht berechtigt sei. Bezüglich der Ausstattung der Fahrpläne stehe er auf dem schon früher ausgesprochenen Standpunkt; eine einfachere Einrichtung könne er in dem Pfeilsystem nicht erblicken.

Redner recapitulirt die einzelnen Punkte der Debatte und präzisirt dieselben gegenüber dem Standpunkt der Kommission. Der Nahverkehr sei einer weiteren Ausbildung noch fähig, doch könne auch der Fernverkehr durch Gestattung eines gewissen Rabatts begünstigt werden. Einer weiteren Begünstigung des Sonntagsverkehrs könne auch er das Wort nicht reden und habe er sich über die diesbezüglichen Ausführungen des Ministers nur gefreut, desgleichen über die Zusage der Verbilligung der Kinderbillets und Einführung der Familienbillets. Wenn die Abonnementskarten sich in Württemberg bewähren sollten, so halte er die Einführung derselben in Baden für dringend geboten. Er könne nur mit dem Ausdruck des Gedankens schließen, daß man mit vollem Vertrauen dem neuen Minister gegenüberstehe.

Schluß der Sitzung nach 3<sup>1</sup>/<sub>3</sub> Uhr.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

April	Barom.	Therm.	Absolute Feucht.	Relative Feucht.	Wind.	Gest.
24. Nachts 9 <sup>h</sup> 11.	750.4	+ 9.0	7.8	92	SW	Wetter
25. Morgs. 7 <sup>h</sup> 11.	750.3	+ 7.6	6.9	89	Still	dunkel
25. Mittags 2 <sup>h</sup> 11.	748.9	+ 20.6	8.5	47	SW	Wetter

Höchste Temperatur am 24. April + 14.8°; niedrigste in der Nacht vom 24. auf den 25. + 4.5°.

\* Niederschlagsmenge der letzten 24 Stunden 0.0 mm. Totalausbeug. Temperatur am 25. April, 7 Uhr 36 Min. Früh: + 10.1°.

Wasserstand des Rheins. Wagan, 25. April, Mitts. 3.24 m, gefallen 8 cm.



